

In der Tradition der Urburschenschaft Österreichs Waffenstudententum als politischer Faktor

Von Dieter Grillmayer, US! „Barden zu Wien“

Bei der Nationalratswahl vom 15. Oktober 2017 ist die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) mit ca. 26 Prozent bis auf ein Prozent an die Sozialdemokraten (SPÖ) herangekommen. Zusammen mit der christlichen Volkspartei (ÖVP) bilden die Freiheitlichen die aktuelle österr. Bundesregierung, die sich auf eine solide Parlamentsmehrheit stützen kann. Bei der FPÖ spielen Burschenschafter von jeher eine tragende Rolle. So „verkürzt“ werden hierzulande allerdings alle nicht konfessionell geprägten Korporierten bezeichnet. Konkret: Von den 51 Abgeordneten der wiedererstandenen Regierungspartei gehören 20 einer Pennalverbindung und/oder einer akademischen Burschenschaft, einer Mädelschaft oder einem Corps an. Unter den neun FPÖ-Landesparteiobleuten befinden sich derzeit drei Burschenschafter, ein Sängerschafter und ein Corpsphilister.

Auf einschlägige Vorhaltungen und Verdächtigungen gegenüber Burschenschaften habe ich einmal in einen Leserbrief wie folgt reagiert: „Dort sind vor allem Nonkonformisten zuhause, also solche und solche.“ Ich glaube, das ist ein Schlüsselsatz, der auch hinsichtlich der in „DS III/2017“ veröffentlichten Beiträge zur Burschenschafterbewegung mitgedacht werden sollte. Insofern stößt mir die in diesem Aufsatz enthaltene verallgemeinernde Behauptung, die österr. Burschenschaften hätten „mit ihrer braunen Orientierung den Gesamtverband in Misskredit gebracht“, sauer auf. Sehr wohl in Misskredit gebracht haben die Deutsche Burschenschaft allerdings die Bonner Raczecks mit ihrem ungeschickten Antrag, welcher zumindest die Frage aufwirft, ob sich die Antragsteller von den ideologischen Verirrungen des NS-Regimes wirklich gelöst haben. Von derart undurchdachten Aktionen österr. Burschenschaften ist mir nichts bekannt.

Zur weiteren Behandlung dieses Themas hat mir Herr DDr. Harald Lönnecker mit dem Hinweis auf die einerseits national-liberale und andererseits monarchisch-konservative Ausrichtung des Waffenstudententums im 19. Jahrhundert gute Stichwörter geliefert. Erstere ist zweifellos die ältere und vereint den Wunsch nach einem gesamtdeutschen Nationalstaat, wie er z. B. in Frankreich schon lange Realität war, mit dem nach einer klassisch-liberalen Verfassung desselben, wie sie 1817 auf der Wartburg formuliert worden ist. Die andere Ausrichtung machte sich spätestens 1848/49 in der Frankfurter Paulskirche bemerkbar. Nach diversen Quellen befanden sich ca. 300 Burschenschafter und Corps-Angehörige unter den Mitgliedern der Frankfurter Nationalversammlung, die den verschiedensten Fraktionen von radikal links-republikanisch bis rechts-monarchistisch angehört haben. Man wird wohl annehmen dürfen, dass bei der Abstimmung über eine kleindeutsche Reich – also unter Ausschluss Österreichs – und die Wahl des Preußenkönigs zum Deutschen Kaiser, die mit 290 Fürstimmen und 248 Enthaltungen erfolgt ist, die Monarchisch-Konservativen den Ausschlag gegeben haben. In Österreich waren Burschenschaften damals noch gar nicht zugelassen; die durchwegs großdeutsch gesinnten Abgesandten aus dem revolutionären Wien vertraten aber mit überwiegender Mehrheit die national-liberale und monarchiekritische Linie der nachmaligen österr. Burschenschafter, woran sich grosso modo bis heute nicht viel geändert hat.

Die 1871 schlagend gewordene kleindeutsche Lösung der Reichsfrage und die klerikal-aristokratisch-slawische Mehrheit im Wiener Reichsrat ab 1879 führten in der Habsburger-Monarchie zu einer politischen Radikalisierung, die nebenbei auch eine Umwandlung der akademischen Gesangsvereine in Wien, Prag, Graz, Brünn und Innsbruck zu Korporationen mit sich brachte. Die so entstandenen Sängerschaften verstanden sich vorwiegend als singende Burschenschaften; diesem historischen Vorbild folgend trat neben dem musischen Prinzip der Auftrag in den Vordergrund, den Anliegen des Volkes Gehör zu verschaffen und für politische Veränderungen einzutreten.

Über die vorherrschende Orientierung der Korporierten in der Hohenzollern-Monarchie fehlen mir konkrete Hinweise, doch gehe ich davon aus, dass sie sich, anders als in Österreich, mit ihrem Staat, vielleicht sogar mit ihrem Herrscherhaus, weitgehend identifiziert haben oder zumindest politisch neutral geblieben sind. Letzteres klingt ja auch heute über die Grenze.

Die aus den Wirren des Ersten Weltkrieges hervorgegangene Republik Österreich war ein Staat, den lange Zeit keiner wollte, nicht nur das national-liberale „dritte“ Lager. Allein die Siegermächte verwehrten den Anschluss an die Weimarer Republik. Nach der Wahl vom Februar 1919 standen 26 Abgeordneten dieses späterhin als „freiheitlich“ angesprochenen Lagers 69 Christlichsoziale (heute ÖVP) und 72 Sozialdemokraten gegenüber. Auch letztere waren geschlossen großdeutsch eingestellt und vertraten vehement den Anschlussgedanken; im „roten“ Wien ordneten sie an den Schulen sogar das Singen des Deutschlandliedes anstelle der österr. Bundeshymne an. Und die Führer der Christlichsozialen bekannnten sich erst nach ihrer totalen Machtübernahme im Jahr 1933 zur Selbständigkeit Österreichs, das sie aber durchgängig als „den besseren deutschen Staat“ bezeichnet haben. (Ein Gedankensprung zur Gegenwart bietet sich an.)

Im Dritten Reich spielten Burschenschafter wie Heinrich Himmler (aB! Franco-Bavaria München) und Ernst Kaltenbrunner (aB! Arminia Graz) zwar eine große und unrühmliche Rolle, aber auch unter den Männern des 20. Juli 1944 befanden sich zahlreiche Waffenstudenten, die allesamt hingerichtet worden sind, darunter Fritz-Dietlof Graf von Schulenburg (C! Saxoniae Göttingen) und der österr. Oberstleutnant Robert Bernardis (fB! Wiking Mödling).

Spätestens seit Kriegsende ist die Eigenstaatlichkeit Österreichs in allen seriösen politischen Kreisen anerkannt und erwünscht. In den national-liberalen Korporationen und freiheitlichen Akademikerverbänden wurde/wird allenfalls noch an einem „deutschnationalen“ Bekenntnis festgehalten, das in doppelter Weise überflüssig ist. Denn erstens ist die Volkszugehörigkeit eine Tatsache, die keines Bekenntnisses bedarf, und dass die Bewohner der Alpenrepublik mit überwältigender Mehrheit dem deutschen Volk zugehören, das muss, im Unterschied zum multiethnischen Mix in Österreich-Ungarn, wohl auch nicht extra dazugesagt werden.

In der 1956 gegründeten FPÖ spielten zwar ehemalige ranghohe Nationalsozialisten anfangs eine gewisse Rolle, doch dürfen diese allesamt als „geläutert“ bezeichnet werden, während viele ihrer ehemaligen Parteigenossen schon längst vor allem bei der SPÖ untergetaucht waren. Der langjährige FPÖ-Obmann Friedrich Peter verordnete der Partei einen staatstragenden rechtsliberalen Kurs, suchte und fand die Nähe zur FDP als bundesdeutscher Schwesterpartei und bereitete mit Dr. Bruno Kreisky für den Fall des Falles eine rot-blaue Koalition vor. In dieser von 1983 bis 1986 bestehenden Regierungskonstellation waren zwei von drei freiheitlichen Ministern meine Wiener Bundesbrüder Dr. Norbert Steger und Dr. Friedhelm Frischenschlager. Auch Frischenschlagers Nachfolger als Verteidigungsminister Dr. Helmut Krünes war ein Korporierter (VdSt! Sudetia Wien).

Nichts charakterisiert den 1986 zum FPÖ-Obmann gewählten Dr. Jörg Haider besser als die Formel: „Der traut sich was, der Jörg!“ Mit (zunächst jugendlichem) Charme scheute er keinen Tabubruch, vom Affront gegen die FDP, die ihm daraufhin die Freundschaft aufkündigte, über eine Abkehr von der proeuropäischen Parteilinie bis zu diversen „Sagern“, die ihm den Ruf eines Rechtsradikalen einbrachten, der er aber nicht war. Eigentlich war er „nur“ ein höchst talentierter, aber schrankenloser Populist, der Wahlen gewinnen wollte, und mit schöner Regelmäßigkeit tat er das auch. Daher unumstritten konnte er es sich leisten, tradierte Grundsätze und verdiente Parteileute zu verletzen, auch bzw. gerade aus den Reihen der Korporierten, für die er, obwohl selber Burschenschafter, nicht viel übrig hatte. Anfang 2000 führte er die FPÖ in eine schwarz-blaue Koalition, blieb aber als Landeshauptmann in Kärnten, von wo aus er Dr. Susanne Riess, seiner Nachfolgerin im Parteivorsitz, und der ganzen Regierungsmannschaft fortlaufend Ratschläge und Rügen erteilte. Das konnte nicht gut gehen. Bei vorgezogenen Wahlen im Herbst 2002 verloren

die Freiheitlichen zwei Drittel ihrer Abgeordneten. Haider hielt das Projekt FPÖ daraufhin für gescheitert und gründete 2005 seine eigene Partei, die nach dem Unfalltod des Parteigründers im Oktober 2008 sang- und klanglos wieder untergegangen ist.

Für die FPÖ war 2005 ein Schicksalsjahr, in dem sich die traditionelle Gesinnungsgemeinschaft beweisen musste und bewiesen hat. Um den 36jährigen Wiener Landesobmann H.-C. Strache versammelte sich neben jungen Aktivisten der Großteil der alten Garde und meisterte eine – auch finanziell – nahezu aussichtslos scheinende Situation. Zwölf Jahre danach steht die Partei in der Wählergunst da wie zu Haiders besten Zeiten, aber auf wesentlich solideren Beinen. Dies ist einerseits personenbedingt, sowohl aufgrund einer durchwegs gut gelungenen Neuaufstellung in den Bundesländern als auch zufolge einer großen Kontinuität bei der Besetzung der hohen Parteifunktionen in Wien, während Haider seine Stellvertreter und seine Generalsekretäre wie die Hemden gewechselt hatte. Und zum zweiten ist auch der kurzatmige Populismus wiederum einer Parteilinie gewichen, welche die politischen Anliegen der Gründerzeit lediglich an die Bedürfnisse der Gegenwart anpasst.

Bestand die gesellschaftliche Verantwortung vor 200 Jahren im Eintreten für einen gesamtdeutschen Verfassungsstaat, so geht es heute darum, die letztlich, wenn auch in zwei deutschen Staaten, erreichte freiheitliche Demokratie und den angestammten deutschen Kulturraum zu verteidigen. Bedroht werden Bürgerfreiheit und Kulturraum von einem Politikverständnis, das unter dem Deckmantel von Mitmenschlichkeit und Liberalität die Gleichheit zum Maß aller Dinge macht. Dabei werden der Rechtsstaat ausgehöhlt und viele natürliche Vorgaben missachtet. Auch der gesunde Menschenverstand bleibt oft auf der Strecke. Den Wortführern dieser Geisteshaltung mit pragmatischer Vernunft und scharfem Verstand offensiv entgegenzutreten, darin sehe ich den aktuellen gesellschaftspolitischen Auftrag, der sich aus der Tradition der Urburschenschaft ableitet.